



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

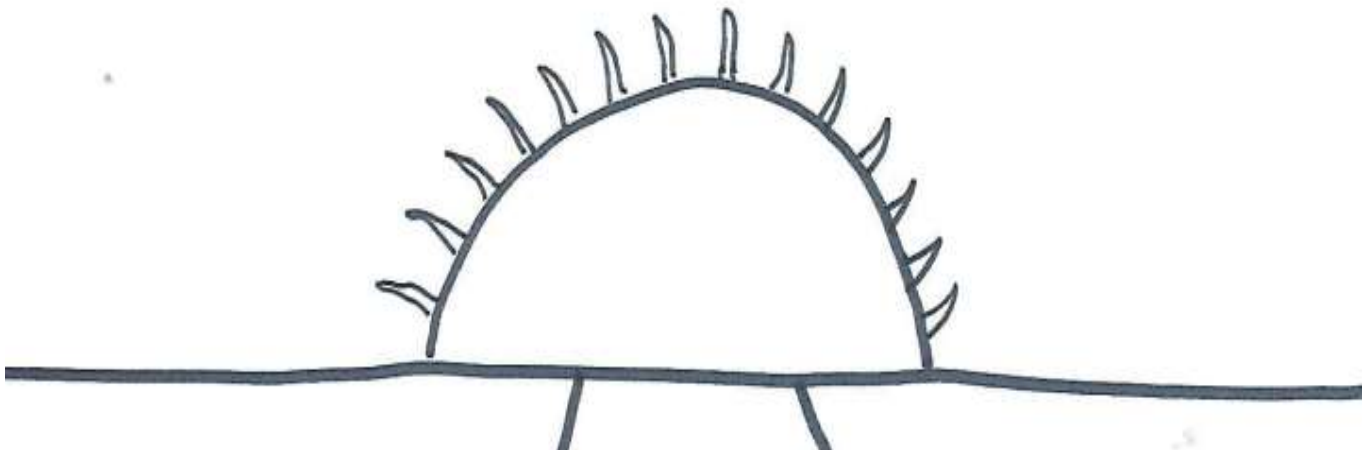
E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



www.atomgegner.at

Nr. 4 / Dezember 2021

www.prodemokratie.com



Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!
Wir wünschen Euch schöne und erholsame
Feiertage, sowie Zeit zum Kraft tanken für die kommenden Aufgaben!

**Vor
uns liegt
die Zukunft,
die
errungen und
gestaltet
sein will!**
**Wir laden Euch
ein,
dass wir dies nach
den
Feiertagen
wieder gemeinsam
und
mit aller uns
möglichen
Intensität tun!**

Corona: Lockdown 4, 5, usw. ...?

Die Regierung betreibt weiter ganz bewusst die Spaltung der Gesellschaft, ja die Zerstörung einer solidarischen Gemeinschaft. Aus Rücksicht auf die Wirtschaft (z.B. Tourismus) und auf Macht-erhalt (z.B. Kurz) und Wahlen (z.B. Oberösterreich) wurde nicht gehandelt. Gesundheit und Leben der Menschen sind den Herrschenden egal. Trotz mittlerweile 2 Jahren Pandemie wurden weder die Gesundheitskapazitäten ausgeweitet, noch Personal und Bezahlung aufgestockt - im Gegenteil: im Budget 2022 sind keine zusätzlichen Mittel für das Gesundheitssystem vorgesehen. Dafür aber werden die Menschen zu Schuldigen gestempelt: die Jugendlichen, die Schüler*innen, die Ungeimpften usw. Das ist eine große Ablenkung von den wahren Ursachen. Das nützt sowohl den Herrschenden in Wirtschaft und Politik immer autoritärer zu handeln als auch den Rechten und Ultrarechten (FPÖ, MFG, Identitäre und alle anderen Arten von Neonazis), denen durch die Coronapolitik von Wirtschaft und Regierung ein Teil der Bevölkerung direkt zugetrieben werden. Abgelenkt werden soll davon, dass die Menschen völlig berechtigten Zorn haben

- auf die Unternehmer und Konzerne, die Gewinne schreiben, aber den Menschen nur Löhne, Gehälter Pensionen, Arbeitslosengeld weit unter der wahren Geldentwertung zugestehen
- auf die immer korrupter werdenden Bosse (z.B. Wirecard, BUWOG/Grasser, Casinos, ÖBAG, Novomatic usw.) und Politiker (BVT, Ibiza, Medien-Inseratenkauf, Postenschacher)

Das ist ein übles Spiel auf dem Rücken der großen Masse der Bevölkerung – mit verteilten Rollen. Die

Die Opfer dieser Profitpolitik sind Millionen arbeitende Menschen, hunderttausende Arbeitslose oder die Masse der Pensionist*innen, die allesamt jetzt schon zu wenig zum Leben haben – bei ihnen soll weiter und noch mehr „eingespart“ werden. Die Pandemie ist da und dauert noch weiter an. Die Herrschenden nutzen Corona als Anlass noch autoritärer ihre Profitpläne gegen die Menschen durchzubekommen. Nicht die Pandemie ist die Krise, sondern die kapitalistische Profitwirtschaft verursacht ständig Krisen – eben auch die "Corona-Krise".

Weder schützt die Impfung alleine vor der Pandemie, noch das Nichtimpfen vor Ausbeutung und Unterdrückung durch das Kapital und seine politischen Handlager in Regierung und Opposition.

ÖGB und Gewerkschaften dürfen dazu nicht schweigen, sondern müssen als Gegenpol aktiv organisieren, mobilisieren und öffentlich und laut auftreten und die Ablehnung der sozialen Belastungen in den Mittelpunkt ihrer Kritik und Handlungen stellen, durch aktiven Protest, Streik, Kampf, gesundheitliche und soziale Verbesserungen erzwingen. Anders wird es nicht gehen! Nur so kann auch den Rechten und Autoritären von ÖVP/Türkis bis zu FPÖ, MFG und Nazis wirksam entgegengetreten werden. Ausbeutung, Sozialabbau, Demokratieabbau, Ausbau von Überwachungsstaat und Militarisierung und Hinarbeiten der Herrschenden auf EU- und/oder NATO-Kriegsbeteiligung Österreichs bedrohen unser Leben, unsere Gesundheit, unsere Freiheit, unsere Demokratie – nicht die Impfung.

Die Pandemie ist nicht die Krise I

Die Corona-Pandemie ist keine Corona-Krise. Die Corona-Pandemie fällt nur zusammen mit der schon länger schwelenden Krise der Profitwirtschaft. Diese zeichnet sich nicht nur durch die weltweit verbreitete Art des Produzierens rund um den Erdball (Globalisierung), des Umverteils der weltweit geschaffenen immensen Wertschöpfung hin zu den Konzernen und Reichen aus. Diese Wirtschaft, die auf Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt beruht, erzwingt immer unwürdiger werdende (Über-)Lebensbedingungen. Diese Art des Wirtschaftens bringt nicht nur den lebensbedrohlichen Klimawandel, Klimakatastrophen, sondern auch solche Pandemien hervor. Diese Art des Wirtschaftens und diese Politik, die diese Profitwirtschaft schützt und exekutiert, kann auch die rasende Ausbreitung der Pandemie nicht eindämmen. Sie kann nicht einmal eine Pandemie im Sinne und vor allem im Interesse des Schutzes der Gesundheit und Sicherheit der Menschen managen. Weil eben NICHT der Mensch im Mittelpunkt von Wirtschaft und Politik steht, sondern „koste es was es wolle“ der Profit - wie zuletzt sichtbar z.B. beim Impfstoff-Hin- und Her, beim Thema Testen, beim Masken Tragen usw.

Die Pandemie ist nicht die Krise II

Der Profitwirtschaft wird alles untergeordnet: Sei es

- dass trotz Pandemie im Gesundheits- und Pflegebereich bei Ausstattung, Personal, Arbeitsbedingungen, Löhnen und Gehältern weiter gespart statt ausgebaut und verbessert wird und die „Held*innen der Pandemie“ bis heute nicht einmal einen finanziellen Bonus erhalten haben
- dass z.B. Pendler aus In- u. Ausland lange nicht kontrolliert bzw. getestet wurden, sei es, dass am Arbeitsplatz bis heute zum Teil schleißig bzw. selten kontrolliert bzw. getestet wird, damit die schlecht bezahlten Arbeitskräfte in den großen Firmen ungestört und z.T. auch schwarz ihren Job ableisten können.
- dass z.B. die Seilbahn- und Hotelkaiser ungestört ihr Wintergeschäft betreiben können, koste es was es wolle – siehe z.B. Ischgl. Heuer im Lockdown in Österreich dürfen ja die Seilbahnen etc. dennoch fahren, doch die Lokale haben zu. Kein Problem, die Ischgl-Seil-Bahnen „führen“ ihre Kunden dann über den Berg in die Schweiz wo alles – auch die Restaurants – offen haben. Die Tourismusoligarchen haben ihren Gewinn, das Virus fährt dann per Ski oder Gondel nach Ischgl ab ins Tal. Welche Gaudi – wenn stört es – eventuell jene, die dann mit Covid ins Spital abfahren.

Die Pandemie bringt vor allem wieder den großen Konzernen verschiedenste Subventionen: z.B. die **Corona Hilfsmilliarden** – zwei Drittel (42 Milliarden) für die Unternehmen, ein Drittel (21 Milliarden) für die Arbeiter*innen und Angestellten, bei den Kosten ist es umgekehrt. Abgesehen davon finanzieren ja die Unselbstständigen mit ihren Steuern über 80% des Gesamtbudgets des Staates und damit auch ungefragt die Milliarden für die Konzerne und Reichen.

Mehr über die Hintergründe und wer Gewinner und wer Verlierer der Pandemie ist, das haben wir schon im März 2021 analysiert. Mehr dazu im Artikel: „**Die Pandemie ist nicht die Krise, die Profitwirtschaft verursacht die Krise**“: www.atomgegner.at/wp-content/uploads/2021/03/HP_Die-Pandemie-ist-nicht-die-Krise.pdf)

Corona: Der tödliche Murks wird fortgesetzt!



In mehreren zuvor erschienen Ausgaben haben wir über die ausschließlich profitorientierte, jedoch gesundheitspolitisch unverantwortliche, ja sogar lebensgefährdende Vorgangsweise unserer Regierungsverantwortlichen in Bund und Ländern berichtet. Leider geht es so weiter. Bis heute wird das Wesen einer Exponentialfunktion nicht verstanden und/oder ignoriert, dass sich Infektionszahlen nicht linear (z.B. 1,2,3,4...) sondern exponentiell (z.B. 1,2,4,8,16..) vergrößern. Es

wurden deshalb gegen alle Warnungen aus der Wissenschaft nicht die steigenden nachgewiesenen Infektionen als Basis für Maßnahmen genommen, sondern die Belegung der Intensivbetten mit Covidpatienten. Diese Zahl hängt zwar direkt mit der Zahl der Infizierten zusammen, aber hinkt um bis zu 14 Tage hinterdrein. Diese Verzögerung wirkt sich aber exponentiell, wie man gesehen hat fatal auf die Zahl der Intensivpatienten aus.

„Die Ungeimpften sind schuld!“

Entsprechend der vom Beginn der Pandemie aufgestellten Behauptung, dass man **einzig und allein mit der Impfung** zur normalen Konsum- und Profitorganisation, zur **Normalität** unserer Gesellschaft zurückkehren könne, wurde die Erzielung einer „**Herdenimmunität**“ mit immer höheren Erfordernissen an die Anzahl der Geimpften mit schnellstens, zumindest bedingt und vorläufig auf den Markt gebrachten Impfstoffen angestrebt. Von diesen blieb entsprechend der am Pharmamarkt herrschenden Macht- und Marktmechanismen letztlich nur einer übrig, dessen Wirkung jedoch monatlich abnahm und der deshalb

in kürzeren Abständen wiederholt geimpft werden muss. Um die Massen zu impfen, wurde an Stelle einer erforderlichen offenen wissenschaftlichen Diskussion und breiten und aufrichten Aufklärung und Information der Bevölkerung das volle politische Marketingprogramm, von Begünstigungen bis zu Lotteriegewinnen, aber auch Bedrohungen, wie Ausgangssperren und Arbeitsplatzverlust angewandt. Das ganze immer mit einem Ländermatch- oder Champions League Wettkampf der Länder – einmal war Israel, dann Dänemark oder Portugal vorne. Da dies nicht schnell genug ging, das Virus ansteckender wurde (Delta-Variante) und auch Geimpfte erkrankten und die Infektion weiterverbreiteten, mussten Schuldige für dieses Versagen gefunden werden. Da man diese natürlich nicht in den Ministerien, bei den Landeshauptleuten, Seilbahn- und Fremdenverkehrskaisern oder Ausbeutern von billigen einpendelnden Arbeitssklaven gefunden werden durften wurde das ganze Augenmerk auf die „Nichtgeimpften“ gelegt. Sie waren nun die einzig Schuldigen an dem nunmehr notwendigen 4. Lockdown. Die Pandemie der Ungeimpften wurde ausgerufen und den Geimpften wurde trotz der Tatsache, dass ihr Schutz vor Erkrankung immer fraglicher wurde, erklärt, dass sie praktisch schon in der **Normalität** seien und ohne weitere Vorsichtsmaßnahmen, wie Masken, Abstand, Hygiene und Meidung von Ansammlungen leben könnten. Sie wurden zur Oberschicht ernannt, bei denen sich sogar ein (Übergangs)-Kanzler entschuldigte, da sie seiner Meinung nach „alles richtig gemacht hätten“. Es blieben nun nur noch die „unschuldigen Kinder“, die auch schnellstens geimpft werden müssen und sei es vorab ohne offizielle Zulassung (off label). Dann kam das seltsame Vorpreschen Österreichs, ab Februar 2022 eine generelle Impfpflicht durchziehen zu wollen. Es wird wahrscheinlich dann auch die volle Zulassung der Europäischen Arzneimittel-agentur EMA für die mRNA-Impfstoffe vorliegen.

Impfen als Macht- und Kontrollinstrument.

Impfen ist eine, neben zahlreichen anderen im Pandemiefall mögliche und auch nötigen Maßnahme zur Bekämpfung. **Mit der Impfung alleine kann, wenn sie nicht vor einer Infektion und der Weitergabe dieser schützt, der Reproduktionsfaktor (also wer wie viele weiter Personen ansteckt) nicht unter 1 gedrückt werden und damit die Pandemie nicht beendet werden. Die 2G Regel alleine ist daher sinnlos, wenn nicht auch getestet wird. Wohl aber mit einem Bündel von Hygiene-Maßnahmen neben der Impfung kann eine Pandemie wirksam bekämpft werden.** Die zuletzt getroffenen Maßnahmen und Druckmittel gegen Nichtgeimpfte helfen bei der jetzigen vierten Welle nicht, sondern sind sinnlose Machtdemonstrationen. Es wäre viel wichtiger auf alle sich bietenden Möglichkeiten zu

setzen, um die Intensivstationen zu entlasten. Das wäre z.B. der Einsatz von schon zwei in der EU zugelassenen monoklonalen Antikörpern. In Dessau (Sachsen-Anhalt) und im Münchner Klinikum rechts der Isar werden diese Antikörper bei ambulanten einmaligen Infusionen innerhalb der ersten sieben Tage nach einer Infektion an Patienten über 50 Jahre und anderen Risikopatienten unabhängig vom Impfstatus eingesetzt und es kann so ein Klinikaufenthalt nahezu immer vermieden werden. Inzwischen ist das als Kurzinfusion möglich, die sehr schnell erfolgen kann. Zudem würden derzeit Präparate zur Subkutan-Injektion - wie eine Insulinspritze - entwickelt. Die Verträglichkeit der einmalig zu verabreichenden Therapie ist sehr gut und "relevante Nebenwirkungen sind äußerst selten. In Berlin wird versucht, diese erfolgreiche Therapieform auch bei praktischen Ärzten einzusetzen. In Österreich wurden solche Ansätze noch nicht publik, bzw. wie der Einsatz von Tabletten in der Frühphase der Infektion sogar negativ kommentiert, obwohl Minister Mückstein in letzter Minute und unter dem Druck der Infektionszahlen den Ankauf dieser Medikamente angekündigt hat. Auch der Einsatz dieser Tabletten während der ersten sieben Tage kann, wie Daten aus Großbritannien zeigen, die Belegung von Intensivstationen massiv entlasten. Bei uns möchte man jedoch den Druck auf die Ungeimpften aufrechterhalten und glaubt, ihn durch solche Präparate zu verwässern, da nicht Geimpfte die Behandlung einer Impfung vorziehen könnten. Wichtig wäre es in der jetzigen Situation jedoch, dass die Erkrankten nicht in den Intensivstationen landen, egal ob einmal, zweimal oder dreimal oder vielleicht überhaupt nicht geimpft.

Die 5. Welle naht!

Ähnlich wie die offiziell negativen Kommentare zu den schon zugelassenen oben erwähnten Behandlungen fallen die Beurteilungen von Impfstoffen mit einem anderen Impfprinzip als der derzeit fast einzig verimpfte mRNA-Impfstoff von Pfizer aus (Moderna scheint ja auch auszulaufen). Man würde eigentlich erwarten, dass Freude herrschen sollte über einen, sogar in Österreich vom französischen Hersteller „Valneva“ entwickelten **Totimpfstoff**, der nicht nur ein altbewährtes Wirkprinzip und damit eine breitere Immunantwort und vielleicht auch eine längere Wirksamkeitsdauer und auch eine höhere Sicherheit bei Kindern und Menschen mit Autoimmunerkrankungen bringen könnte. Am Wiener Standort betreibt Valneva Forschung und Entwicklung sowie Qualitätssicherung. Auch ein weiterer „Totimpfstoff“ auf Proteinbasis (Novomax), ein ebenfalls recht erprobtes Impf-prinzip stößt eher auf skeptisch ablehnende Resonanz bei den Verantwortlichen und Meinungsmachern. Aber das offizielle Programm scheint zu sein: Kinderimpfung,

Impfpflicht mit dritter und vierter Impfung mit Pfizer und wenn das **die fünfte Welle im Herbst des nächsten Jahres** auch nicht eindämmt, dann können zusätzlich in den ersten sieben Krankheitstagen die dann schon zugelassenen Tabletten von Pfizer eingenommen werden. Wie es heute aussieht, ist bei der 5. Welle auch schon die noch problematischere O(mikron) Virusvariante voll aktiv. Wieder einmal war Tirol die Eintrittspforte dieser Virusvariante in Österreich. Hier, wo ja auch schon eine brisante englische

Variante von britischen "Skilehrern", eine südafrikanische Variante von Golf-Hoteliers und eine einheimische Tiroler Mutation ihre Österreichpremiere abhielten. Aber auch in Kärnten wird trotz höchster Inzident Werte im Bundesländervergleich mitten im Lockdown, die Skisaison mit allen Liften und Seilbahnen eröffnet. **Der tödliche Murks wird also unaufhaltsam fortgesetzt.**

Greta Thunbergs Reden

anlässlich der 26. UN-Weltklimakonferenz (COP 26) in Glasgow

vom 31.10. bis 10.11. 2021 (aus dem Englischen übersetzt).

Es ist kein Geheimnis, dass die COP 26 versagt hat. Es sollte klar sein, dass wir eine Krise nicht mit den gleichen Methoden lösen können, die uns überhaupt erst hineingebracht haben.

Mehr und mehr Menschen beginnen das zu erkennen. Viele fragen sich, was notwendig ist, dass die Machthaber aufwachen. Aber um es klar zu sagen. Sie sind ganz wach, sie wissen genau was sie tun. Sie wissen genau welche unbezahlbaren Werte sie opfern um ihr bisheriges Geschäft (business as usual) aufrecht zu erhalten. Die Führer tun nichts. Im Gegenteil, sie schaffen aktiv Schlupflöcher und Rahmenbedingungen, um sich selbst zu nützen und weiterhin von diesem destruktiven System zu profitieren. Es ist eine aktive bewusste Wahl der Führer zu zulassen, dass die Ausbeutung der Menschen und der Natur fortgesetzt wird und die Zerstörung der zukünftigen und jetzigen Lebensbedingungen weiter fortschreitet. Es zeigt sich, COP 26 ist eine Reklame-Veranstaltung (public relation) wo die Führer schöne Reden halten und phantasievolle Vereinbarungen und Klimaziele ankündigen, während hinter dem Vorhang die Regierungen der Staaten des globalen Nordens es ablehnen, irgendwelche tiefgreifende Klima-Maßnahmen in die Wege zu leiten. Ihr Hauptziel ist, so sieht es aus, den status quo beizubehalten.

Das ist keine Klimakonferenz mehr. Das ist ein Festival des Grünwaschens des globalen Nordens.

Ein zwei Wochen langes Feiern des „business as usual“ und Blah, Blah, Blah. Es hat schon 26 solche Klimakonferenzen gegeben, doch wohin haben sie uns geführt? Mehr als 50% aller CO2 Emissionen sind seit 1990 ausgestoßen worden, ein Drittel seit 2005.

Nach den derzeitigen Emissionsraten wird die Chance noch unter die 1,5 Grad Celsius Klimaerwärmung zu kommen bis Ende dieses Jahrzehnts

vorbei sein. Es braucht eine sofortige, drastische Reduktion der Emissionen pro Jahr in einem Ausmaß das die Welt bisher noch nie gesehen hat. Es gibt keine rein technischen Lösungen mit denen man das nur annähernd schaffen könnte, das bedeutet, dass wir unsere Gesellschaft fundamental ändern müssen.



Die am meisten betroffenen Menschen in den am meisten betroffenen Staaten bleiben ungehört und die Stimmen der zukünftigen Generationen ertrinken im Grünwaschen, hohlen Phrasen und Versprechen der Führer. Die Klimakrise bzw. ökologische Krise existiert natürlich nicht in einem Vakuum. Sie sind direkt mit anderen Krisen und Unrecht verbunden, die noch aus dem Kolonialismus und davor stammen, es sind Krisen, die auf der Idee basieren, dass manche Menschen bzw. Völker mehr wert sind als andere und deswegen das Recht haben, andere auszubeuten und ihr Land und ihre Ressourcen zu stehlen. Und es ist sehr naiv von uns zu glauben, dass wir diese Krise lösen können ohne die Ursache dieser Krise zu benennen. (Fortsetzung nächste Seite)

Und die Frage, die wir uns jetzt stellen müssen, lautet: Wofür kämpfen wir? Kämpfen wir um uns selbst und das Leben auf dem Planeten zu retten oder kämpfen wir um das bisherige Geschäft (business as usual) aufrecht zu erhalten? Sie können unsere Schreie nicht mehr ignorieren, wenn wir unsere Stärke zeigen. Wir haben ihr Blah Blah Blah satt. Unsere Führer führen uns nicht. Also so

*sieht Führerschaft aus (dabei zeigt Greta Thunberg auf die Menge der Kundgebungsteilnehmer*innen).*

Die Teilnehmer der Kundgebung forderten in Sprechchören einen Systemwechsel und mehr Klimagerechtigkeit für ärmere Staaten. Auf Plakaten stand u.a. zu lesen: „Capitalism kills the planet“.

FEINSTAUB – eine unsichtbare, verdrängte, tödliche Gefahr!

Feinstaub und Covid-19

Bereits zu Beginn der Coronakrise gab es Hinweise auf mögliche Zusammenhänge von Feinstaubbelastungsgebieten mit hohen Infektionszahlen und Covid-Erkrankungen. Aber das Gesundheitsministerium hat sich dabei immer bedeckt gehalten. Aufgrund der rasanten Infektionsentwicklung im November 2021 dürfte zusammenhängende Ursachenforschung in den Hintergrund gerückt sein. Nachgewiesen wurde durch den (Verkehrs) Lockdown 2020 eine weltweite Verbesserung der Luftbelastung. Dies bestätigt auch das Umweltbundesamt Wien (Umweltbundesamt Wien/Luft).

Lockdown gegen Feinstaub!

Was wäre, wenn gesundheitliche Gefährdung von Menschen fundamental und vorausschauend ernst genommen werden würde? Dann würden vielfach Arbeits- und Umweltbedingungen kein Grund zur Sorge sein. Arbeitsplatzbezogene Staubentwicklungen dürften nur mit entsprechender Schutzkleidung durchgeführt werden. Es würde keine Glyphosat-Anwendung in der Landwirtschaft geben, auch Ammoniakwolken aus einer Massentierhaltung würden nicht einfach in die Luft entweichen dürfen. Kraftfahrzeuge mit hohen toxischen Abgaswerten und die Gesundheit beeinträchtigenden Feinstaubwerten würde das Fahren nicht gestattet sein.

Leider ist aber alles anders. Eine bis an die Grenze ausgereizte Automobilisierung und keine Kosten scheuender umweltbelastender Straßenausbau. Eine Transportpolitik, die mit allen möglichen Fördermitteln steigende Warenströme erzeugt, bei unhinterfragter Konsumgütersteigerung mit Anhäufung von Wegwerfmüll. Hin-, Herum-, Rücktransporte auf dadurch überlasteten Straßen mit tonnenweisem Feinstaubabfall von Reifen-, Brems- und Straßenbelag-Abrieb.

Findet zumindest eine Temporeduzierung zur Reduzierung von Feinstaubfreisetzung oder ein Abstellen eines sinnlosen EU-Fördersystems statt? Nur ja nicht, denn Transportmillionären würde sonst der Profit geschmälert werden. Just-in-Time Planungen haben die Straßenfläche zur rollenden Lagerhalle mutieren lassen.

Was also machen, wenn alles zu viel wird – etwa im Inntal, auf Autobahnstrecken durch Salzburg,

Oberösterreich, A 23 (Autobahn Südosttangente in Wien) und unerbittlichem Drängen etwa durch die Wiener Stadtpolitik (sowie ÖAMTC und ARBÖ) nach dem Lobau-Tunnel und der Stadtstraße S1?

Wirksame Maßnahmen, also ein Herunterfahren von Feinstaub, Stickoxide, Ozon und das tiefe einatmen schadstofffreier Luft!

Aber im Gegensatz zu Covid-19 Aufforderungen einer Impf-Solidarität als einzige Lösung gegen eine Atemwegserkrankung gibt es keinen Aufruf zur (Auto oder Flug) Mobilitäts-Solidarität. Im Gegenteil – der fast zwanghafte Trend zu schweren, unverträglichen Verkehrs-Automonstern (SUV) bietet der uneinsichtigen, kapitalistischen Automobilindustrie nach Abgasbetrugsaffären wieder ölig-elektrisch-saftige Profite. Billigflüge werden weiter problemlos zugelassen, entgehen allen Ankündigungen!

Eine tödlich vernachlässigte Gefahr

Bereits 1991 wird im „Umweltreport Österreich“ auf die Problematik der Ausbreitung von Luftschadstoffen und deren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, Natur und Sachgüter hingewiesen. Nichts desto trotz haben willfährige Verkehrsplaner den Beitrag Österreichs zu einem freien, geeinten Europa mit dem freien Durchzugsverkehr aller Anrainerstaaten gesehen. Eingestuft vorwiegend zu einem Verkehrsknoten Europas für Straßen-, Luft-, Energie-, Schienen- und Wasserverkehr – „Leben im Verbund“ .

Damit wurde aber auch eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung und mögliche Kollateralschäden in Kauf genommen. Einem wirtschaftlichen Nutzen wurde Vorrang eingeräumt und eine Art von allgemeiner Übereinstimmung vorgespiegelt und durch die steigende Anzahl von Kraftfahrzeug-Nutzer*innen etwa beim Straßenverkehr mitgetragen.

Inzwischen sind Schadstoffbelastungen dokumentiert. Einer davon ist der berüchtigte „Feinstaub“. Die Wissenschaft spricht von einem (Gesamt)-Schwebstaub – Total Suspended Particular (TSP) – und teilt ein in primäre und sekundäre Partikel. Primäre entstehen durch direkte Emissionen, z.B. Auspuff, Schornstein. Aber auch diffuse durch großflächige Feldarbeit, Schuttgüterumschlag, Abrissarbeiten sind damit gemeint. Sekundäre Partikel bilden sich in der Atmosphäre aus Gasen wie

Stickoxid (NO_x), Ammoniak (NH₃) und Schwefeldioxid (SO₂).

Natürliche Staubquellen entstehen durch Bodenerosion, Vegetation (Pollen, Sporen, organische Verbindungen), Waldbrände und Vulkanismus.

Entscheidend für die gesundheitlichen Auswirkungen ist vor allem die Größe der Teilchen (Partikelgröße), denn sie bestimmt die Eindringtiefe in die Atemwege bzw. Atemorgane (siehe auch Emissionstrends 1990-2019, Umweltbundesamt Wien 2021).



Feinstaub-FFP2 Maske mit Mikropartikel aus KFZ Verkehr

Je kleiner, desto weitläufiger können diese Mikro-Partikel in unserem Körper langfristig wirksam werden. Daher wird die Aufmerksamkeit über Luftmessungen auf die Größenordnungen der Partikel mit Particulate Matter 10 Mikrometer (PM₁₀) und PM_{2.5} gerichtet.

Laut Europäischer Umweltagentur (EUA/EEA) verursacht die Luftverschmutzung durch Feinstaub, Stickstoffdioxid und Ozon in Österreich 6.100 vorzeitige Todesfälle pro Jahr, das sind 69 Todesfälle pro 100.000 Einwohner*innen. In insgesamt elf EU-Staaten ist im Verhältnis zur Einwohnerzahl die Zahl der Todesopfer durch Luftverschmutzung niedriger als

in Österreich. Und Österreich schneidet auch schlechter ab als die Schweiz mit 43 Todesfällen pro 100.000 Einwohner (Quelle, VCÖ, Salzburger Nachrichten, EUA/EEA). Siehe auch: Umweltbundesamt: Coronavirus: Bedeutung der Luftverschmutzung.

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/gesundheit/umwelteinfluesse-auf-den-menschen/besondere-belastungssituationen/coronavirus-bedeutung-der-luftverschmutzung>

Feinstaub beschleunigt die Corona-Verbreitung

Nanopartikel im Feinstaub besitzen eine im Vergleich zu ihrem Volumen geradezu gigantische Oberfläche. Diese bestimmt gleichzeitig die chemische Reaktionsfreudigkeit dieser Partikel-Winzlinge. Sie reagieren schnell und heftig, teilweise spontan mit ihrer Umgebung. Gelangen die reaktiven Nanopartikel in den Organismus von Menschen und Tieren, richten sie, je nach Art des Eindringens, erheblichen Schaden an. Der nahezu ungehinderte Weg der Nanopartikel bis zur Lunge des Menschen ist besonders problematisch. Die immunologische Überreaktion auf die Nanopartikel schießt so heftig über, dass sie letztlich ganz zum Erliegen kommt und es kommt zu Nekrosen des Lungenepithels (=Absterben von Lungenzell-gewebe). Das ist aber genau das ideale Milieu für eine explosionsartige Vermehrung des Sars-Covidvirus in der Lunge, wie das 3-D Humanmodell für Covid-Infektionen der Universität Innsbruck zeigen konnte.

Also äußerst geringe Mengen an Viren können gemeinsam mit Nanopartikeln aus dem Feinstaub katastrophale Wirkungen auslösen und diese Kombination dürfte auch für die fatalen Erkrankungen in belasteten Gebieten (z.B. wie in der Lombardei in Italien im März - April 2020 ...) verantwortlich sein.

Was sucht die NATO im Waldviertel?

Lockdown hin, Lockdown her: Die 7. Jägerbrigade des Bundesheeres probt im Rahmen der Übung „NATO Evaluation Level 2“ (NEL2) in Allentsteig mit insgesamt 1.700 Soldat*innen aus Österreich und Deutschland Krieg und Bürgerkrieg (Szenarien wie den Häuserkampf). Das Bundesheer macht das, weil es bei internationalen Militäreinsätzen, sei es im Rahmen der EU-Pesco, sei es direkt unter NATO-Kommando (wie im Kosovo) oder künftig bei den EU-Battlegroups oder der geplanten 5.000 Mann/Frau starken „Schnellen Eingreiftruppe“ der EU dabei sein will. Für Verteidigungsministerin Tanner ist das „gelebte Neutralität“ (ORF, Ö1-Mittagsjournal, 16.11.2021). Das ist eine Verhöhnung der Bevölkerung und klar neutralitätswidrig!

Das Jagdkommando des Bundesheeres ist der militärische Kern der permanenten Neutralitätsverletzung und Ministerin Tanner betreibt das offen (aber auch schon ihre Vorgänger) unter Wohlwollen des Oberbefehlshabers, des Bundespräsidenten Van der Bellen. Das heißt, der Weg des Verrats und des Ausverkaufs der Neutralität wird von ALLEN Parteien begangen, sowohl von der ÖVP/Türkisen, wie auch von der SPÖ und FPÖ als auch von den Grünen – alle stell(t)en Verteidigungsminister*innen (Fasslabend/ÖVP, Platter/ÖVP, Darabos/SPÖ, Klug/SPÖ, Doskozil/SPÖ, Kunasek/FPÖ, Starlinger/Grün-affin, Tanner/ÖVP) oder den Oberbefehlshaber (Fischer/SPÖ, Van der Bellen/Grüne).

Das ist neutralitätswidrig! Österreich raus aus EU-Pesco- und NATO-Militärkooperationen!

Der Menschheit droht die Selbstzerstörung!

Aus einer Rede Fidel Castros auf der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro:

„Eine bedeutende biologische Gattung ist aufgrund der schnellen und fortschreitenden Beseitigung ihrer natürlichen Lebensbedingungen vom Aussterben bedroht: der Mensch. Wir werden uns jetzt dieses Problems bewusst, wo es fast zu spät ist, es zu verhindern. Es muss darauf verwiesen werden, dass die Konsumgesellschaften die Hauptverantwortlichen für die grauenhafte Vernichtung der Umwelt sind. Sie entstanden aus den ehemaligen Kolonialmetropolen und der imperialen Politik, die ihrerseits die Rückständigkeit und die Armut verursachten, welche heute die immense Mehrheit der Menschheit geißeln. Sie verbrauchen zwei Drittel des Metalls und drei Viertel der Energie, die auf der Welt erzeugt werden, obwohl sie nur 20 Prozent der Weltbevölkerung darstellen. Sie haben die Meere und Flüsse vergiftet, die Luft verschmutzt, die Ozonschicht geschwächt und Löcher in ihr verursacht, haben die Atmosphäre mit Gasen angereichert, die die klimatischen Bedingungen beeinträchtigen, was katastrophale Auswirkungen hat, die wir schon zu spüren beginnen. Die Wälder verschwinden, die Wüsten weiten sich aus, Milliarden Tonnen fruchtbarer Erde enden jährlich im Meer. Zahlreiche Arten sterben aus. Der aus dem Bevölkerungszuwachs resultierende Druck und die Armut führen zu verzweifelter Anstrengungen, um selbst auf Kosten der Natur zu überleben.

Man kann dafür nicht die Länder der Dritten Welt beschuldigen, die gestern Kolonien waren und heute durch die ungerechte Weltwirtschaftsordnung ausgebeutete und ausgeplünderte Nationen sind. Die Lösung kann nicht sein, die Entwicklung jener zu verhindern, die sie am meisten brauchen. Wahr ist, dass alles das, was heute zur Unterentwicklung und zur Armut beiträgt, ein offenkundiges Attentat auf die Ökologie ist. Zig Millionen Männer, Frauen und Kinder sterben als Folge davon jährlich in der Dritten Welt – mehr als in jedem der beiden Weltkriege. Der ungleiche Austausch, der Protektionismus und die Auslandsverschuldung greifen die Ökologie an und fördern die Zerstörung der Umwelt. Wenn man die Menschheit vor dieser Selbstzerstörung retten will, müssen die Reichtümer und die verfügbaren Technologien des Planeten besser verteilt werden. Weniger Luxus und weniger Verschwendung in einigen wenigen Ländern, damit weniger Armut

Fortsetzung nächste Seite



WEIHNACHTSGEDANKEN

VON DER ZUKUNFT

WIR WERDEN IN
BLÜHENDEN GÄRTEN
WOHNEN
UND IM FRIEDEN LEBEN
DIE WAFFENFABRIKEN
WERDEN
VERROSTET SEIN
UND UNSERE KINDER
UND ENKEL
LERNEN NICHT MEHR
DEN KRIEG
IN DEN FELDERN
UND WÄLDERN
UND GESUND
HEIMKEHREN
ACHSAMKEIT
BEHÜTET SIE
WIR WERDEN
EINANDER ACHTEN
UND EHREN UND
UNSERE
GEGENSÄTZLICHEN
MEINUNGEN
AUSTAUSCHEN
KEIN ZWIESPALT
WIRD UNS MEHR
TRENNEN UND DIE
GIER WIRD
AUSGEDIENT HABEN
WIR WERDEN
STAUNEN ÜBER
DEN REICHTUM DER
VÖLKER DIE BEI
UNS EIN- UND
AUSGEHEN UNSERE
TÜREN SIND OFFEN
WIE UNSERE
HERZEN JEDER
WIRD ALLES WAS
ER ZUM LEBEN
BRAUCHT HABEN
WIR GÖNNEN
EINANDER DAS
LEBEN UND
WIR FREUEN UNS ÜBER
DAS GLÜCK VON
NEBENAN

und weniger Hunger in großen Teilen der Erde herrschen! Schluß mit dem Transfer von umweltzerstörenden Lebensstilen und Konsumgewohnheiten in die Dritte Welt! Das menschliche Leben muß rationaler werden. Es muß eine gerechte internationale Wirtschaftsordnung durchgesetzt werden. Alle notwendigen wissenschaftlichen Forschungen sollen für eine nachhaltige Entwicklung ohne Umweltverschmutzung eingesetzt werden. Es soll die Umweltschuld bezahlt werden und nicht die Auslandsschuld. Es soll der Hunger verschwinden und nicht der Mensch! Jetzt, wo die angebliche Bedrohung durch den Kommunismus

nicht mehr da ist und keine Vorwände für kalte Kriege, Wettrüsten und Militärausgaben bleiben, was hindert daran, diese Mittel sofort dafür einzusetzen, die Entwicklung der Dritten Welt zu fördern und die Gefahr der ökologischen Zerstörung des Planeten zu bekämpfen?

Schluss mit dem Egoismus! Schluss mit dem Vorherrschaftsbestreben! Schluss mit der Gefühllosigkeit, der Unverantwortlichkeit und dem Betrug! Morgen wird es zu spät sein für das, was wir schon lange gemacht haben müßten.“

Kurzer Bericht zu unserem Auftreten am 26. Oktober 2021

66 Jahre NEUTRALITÄT – moderner und wichtiger denn je!

Am 26. Oktober 2021 fand unsere Kundgebung und Verteilaktion zum 66. Jahrestag der Neutralität statt.



Unsere Losungen: Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme! NEIN zur EU- und/oder NATO-Aufrüstung und der Teilnahme Österreichs da-

ran! Im Flugblatt und in Gesprächen zeigten wir auf wie Bundeskanzler Schallenberg oder Bundespräsident Van der Bellen im krassen Gegensatz zur verfassungsmäßigen Neutralität Österreichs nicht nur bei der EU-Aufrüstung, sondern auch bei den von den USA bestimmten NATO-Kriegsvorbereitungen mitmachen. Doch dabei hat Österreich nichts verloren. „Wir brauchen kein Bundesheer für die Teilnahme an neuen Kriegen! Wir brauchen ein Bundesheer, das unsere Neutralität verteidigt!

Wir brauchen eine breite Bewegung zur Aufrechterhaltung und zur Verteidigung unserer Neutralität – so die Forderung am Ende unseres Flugblattes (das ganze Flugblatt ist abrufbar unter:



http://atomgegner.at/wp-content/uploads/2021/10/FB_26-10-21_HP_end_12.pdf

Bericht der „Wiener Zeitung“ zum Nationalfeiertag

„Zum Gedenken an Österreichs Neutralität“

Anlässlich des Nationalfeiertages, an dem der Erklärung der immerwährenden Neutralität Österreichs erinnert wird, brachte unter obigem Titel die „Wiener Zeitung“ ein Bild und einen kurzen Bericht darüber, dass Bundespräsidenten Van der Bellen und Verteidigungsministerin Tanner zum Neutralitätsgedenken einen Kranz am Äußeren Burgtor niederlegten.

Wir wissen nicht, ob das offizielle Organ der Republik einen „Auftrag“ hatte so zu berichten oder ob die Redaktion subtil auf die Absichten der Herrschenden in der Republik durch die Aufmachung des Beitrages hinweisen wollte. Verfolgt man aber aufmerksam – wie das auch die „Wiener Zeitung“ immer macht – die Aussagen und Taten

Fortsetzung nächste Seite

von Kanzler, Außenminister, Bundespräsident und Verteidigungsministerium zu Bundesheer und Neutralität, dann spricht dieser Beitrag Bände.

Jedenfalls sagte **Jean Jaurès** (Historiker und sozialistischer Politiker, † 31. Juli 1914 in Paris): **„Tradition ist die Weitergabe des Feuers, nicht die Anbetung der Asche.“**

Das muss auch für Österreichs Neutralität gelten!

Umso wichtiger ist es, gegen das zu Grabtragen unserer Neutralität, der Lehre aus den Hunderttausenden Opfern zweier Weltkriege allein in Österreich, entschieden entgegenzutreten. Denn die Herrschenden und ihre Regierungen in

Österreich führen die Neutralität im Munde und rüsten mit zum Krieg im Rahmen der EU- und NATO-Militarisierung.

- **PS: Wir sind froh, dass es die „Wiener Zeitung“ gibt.** Trotz immer wieder vielfachen Drucks der Regierungen die Zeitung zu schließen, gibt es sie noch – offen ist allerdings, wie lange noch. Denn noch immer viele unterschiedliche Meinungen werden darin gebracht. Das stört die Herrschenden und das ist gut. In der Redaktion darf auch nicht freiwilliger vorauseilender Gehorsam um sich greifen, um ja nur bestehen zu bleiben.

ÖGB-Veranstaltung zur Neutralität



Wir nahmen mit einem Vertreter an der von uns „Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“ (GGAE) initiierten und vom ÖGB organisierten Veranstaltung anlässlich des 66. Jahrestages der Neutralität Österreichs an der dortigen Podiumsdiskussion teil. Statements, Referate und Podiumsdiskussion von: ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian, Friedensforscher Thomas Roithner (Int. Versöhnungsbund), NRAbg. Ewa Ernst-Dziedzic (Grüne), NRAbg. Robert Laimer (SPÖ), Wilfried Leisch (GGAE), Elisabeth Kapeller (WILPF Austria), Marcus Strohmeier, Internationaler Sekretär im ÖGB können in einer Aufzeichnung nachgeschaut und nachgehört werden.

Hier der Link:



<https://www.youtube.com/watch?v=Q-PKaYXazaA&t=1490s>

Ein Diskussionsteilnehmer der GGAE aus dem Publikum stellte fest:

„Österreich hat sich ja für neutral erklärt. Auch aufgrund des Staatsvertrages und der Lehren des 2. Weltkrieges. Da ging es um die Neutralität auch gegenüber Deutschland, dass nie wieder ein Anschluss erfolgen darf. Es ist sehr sensibel, die EU ist keine Garantie, dass sie immer zusammenbleibt. Wir werden aber immer stärker verwoben mit der deutschen Wirtschaft. Es ist sehr sensibel. Den wichtigsten Friedensbeitrag, den wir in Europa leisten können ist das, dass so eine Achse nicht wieder entstehen kann. Das heißt, dass das, was wir 1955 beim Staatsvertrag akzeptiert haben und auch mit der Neutralitätserklärung bekundet haben ist ja, dass wir (Österreich, Anm. d. Red.) in Europa wirklich sicherheitspolitisch eigenständig bleiben.“

Doch genau das findet nicht statt. **Alle Podiumsteilnehmer*innen außer dem GGAE-Vertreter, sehen die Neutralität mit der EU vereinbar.**

Zwar meinte der SPÖ-Bundesheersprecher und Teilnehmer am Podium in seiner Antwort ganz kurz: *„Ja, es gibt eine Achse Berlin – Rom – Wien“.* Doch im anschließenden persönlichen Meinungsaustausch meinte der SPÖ-Vertreter zwar „alles gegen die NATO“, und sieht dazu das neutrale Österreich fest in der EU verankert. Genau so wird aber Österreich wieder in neue Konflikte und Kriege hineingezogen. Das bestätigt auch die tägliche Praxis der sonst von der SPÖ kritisierten Regierung – siehe die Zustimmung von ÖVP-Verteidigungsministerin Klaudia Tanner zu den EU-Battlegroups, zur „Schnellen Eingreiftruppe der EU“ oder der jüngsten Entsendung von 58 Soldaten zur EU-„Mission“ nach Mali (siehe dazu Artikel auf der nächsten Seite).

EU-Militäraktion in Mali:

Was machen Soldaten des neutralen Österreich in Mali?

Schon bislang waren bis zu 15 Soldaten bei der sogenannten „Stabilisierungsmission“ (MINUSMA) der UNO in Mali in Westafrika stationiert. Ab Dezember 2021 wird nun die „EU-Trainingsmission“ in Mali (EUTM MALI) weiter aufgestockt, sodass dann 100 österreichische Soldaten vor Ort sind. Offiziell heißt es: zur „Beratung, Unterstützung und Ausbildung der malischen Streitkräfte“ (APA-Bundesheer-Aussendung, 3.11.21) gegen „Terror & Drogen“ (Kronen-zeitung, 27.11.21). Warum aber wird dann das „Jägerbataillons 25“ des Jagdkommandos, also die ausgewiesene Kampfeinheit des Bundesheeres (BH), dorthin geschickt?

Verteidigungsministerin Tanner: *Um „unseren Beitrag im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zu leisten“* (Kronen-Zeitung, 27.11.21).

Auch die **SPÖ-Opposition** mit ihrem **Wehrsprecher Laimer** jubelt über die Chance: *„Auf europäischer Ebene ist es wichtig, auch im neutralen Österreich einen verlässlichen Partner zu haben ...“* (SPÖ-APA-Aussendung, 27.11.21).

Wozu sind wir dann neutral? Um eben nicht bei der EU-Kriegspolitik mitzumachen und das eben nicht als „Chance“ sehen, sondern als Gefahr erst recht wieder in Konflikte und Kriege hineingezogen zu werden? Unerhört!

Was hat das neutrale Österreich in Mali zu „verteidigen“?

In Mali herrscht seit einigen Jahren Krieg. Es geht dort um die Uran- und Ölvorkommen und die französischen Uranminen im angrenzenden Niger. **Das**

neutrale Österreich hat dort nichts zu suchen. Österreichs Herrschende ergreifen einseitig Partei, sie schützen mit dem Bundesheer ganz und gar nicht die Menschen dort, sondern nur die Profite der EU-Atom- und Öl-Konzerne! Dafür übernimmt sogar der österreichische Brigadier Christian Riener jetzt für sechs Monate das Kommando über insgesamt 1.000 Soldaten aus 26 Staaten.

MINUSMA gilt seit vielen Jahren als die gefährlichste Mission in Mali wo sich z.B. allein von 2013 bis 2016 die Verluste auf 119 Militär- und Polizeikräfte beliefen. Und am 25. Juni 2021 wurden bei einem Anschlag auf die MINUSMA-Mission in Mali zwölf deutsche Soldaten verwundet, drei von ihnen schwer. Ein weiterer Blauhelm-Soldat wurde verletzt. MINUSMA gilt mit fast 250 Todesopfern als der derzeit gefährlichste Einsatz der UNO!

Kein Wunder, dass bei der Verabschiedung der Soldaten vom Bundesheer-Kommandeur, von ÖVP-Verteidigungsministerin Tanner oder vom SPÖ-Wehrsprecher Laimer folgendes als wichtigstes Ziel der „Mission“ genannt wird: **„Wichtigstes Ziel: Wieder heil nach Hause zu kommen“** (Brigadier Riener im ORF/Ö1 Abendjournal, 26.11.21).

Doch das sicherste Mittel, heil zu bleiben wäre – und das ist ganz und gar mit der Neutralität Österreichs vereinbar, dass die Soldaten gar nicht erst nach Mali gehen, sondern einfach zu Hause bleiben!

Österreich hat in Mali und in anderen Krisen- und Kriegsgebieten („Auslandseinsätzen“) nichts verloren! NEIN zur Kriegsteilnahme, JA zur Neutralität!

„AUS“ für den Lobau-Tunnel!

Der jahrelange unermüdliche Einsatz tausender Aktivist*innen zeigt Erfolg. Protest und Widerstand zahlen sich aus, nichts ist unmöglich!

Der Verkehr einer der Hauptverursacher der Klimakatastrophe ist. Will man die beschlossenen Klimaziele in Österreich erreichen, muss der Frächter- (Transit)- sowie der Pkw- (Pendel) Verkehr in 10 Jahren praktisch halbiert werden. **Richtigerweise fragen sich manche/r, wofür dann die Lobau-Autobahn eigentlich gebraucht wird.**

Die „Transeuropäischen Netze“ (TEN) der EU sind nicht nur für den Frächterverkehr, sondern auch als Militärinfrastruktur vorgesehen. Dazu zählt auch der Lobau-Tunnel mit Anbindung an das OMV-Tanklager. Das ist für den Militarnachschub im Kriegsfall von großer Bedeutung – besonders für die EU- und NATO-Pläne von Militäraufmärschen gegen Osten – wie ja

auch diesen Sommer wieder von der NATO mit Bundesheerbeteiligung in Österreich geübt. Daher sind Protest und Widerstand gegen den Lobau-Tunnel nicht nur für Umwelt- und Klimaschutz, sondern auch für Frieden und die Neutralität Österreichs wichtig!



Die EU will Atom für „grün“ erklären. Warum?

Geldstrom für Atomstrom

Schon seit Jahren versucht die Atomlobby den Klimaschutz dazu zu missbrauchen, ihr tödliches Atomgeschäft trotz verheerenden Atomunfällen (Harrisburg/USA 1979, Tschernobyl/Ukraine 1986, Fukushima/Japan, 2021 – um nur die schlimmsten zu nennen) möglichst lange fortzusetzen und jetzt sogar als „grün“ und „nachhaltig“ darzustellen. Ein unverantwortliches, menschenverachtendes und tödliches Vorhaben.

Im Zuge des sogenannten „Green Deals“ der EU, mit dem 750 Milliarden Euro für den Klimaschutz

herausholen können. Und es droht – wie jetzt gerade in Belgien und in einigen osteuropäischen Staaten wieder diskutiert wird, dass frühere Atomausstiegs-Beschlüsse wieder umgestoßen werden. Alte AKWs sollen Laufzeitverlängerungen erhalten, wie jüngst in Belgien angekündigt. Belgiens AKW sind 36 Jahre im Betrieb und jetzt schon stark fehleranfällig und daher oft abgeschaltet. In Großbritannien hat die EU bereits die Staatsfinanzierung für die Erweiterung der AKW-Anlagen von Hinkley Point und staatliche Atomstrom-Preisgarantien für 30 Jahre genehmigt. In Osteuropa wiederum wird aufgrund des erwarteten „grünen“ Atom-Geldstroms auch über Aus- und Neubauten sowie Laufzeitverlängerungen von AKWs laut nachgedacht.

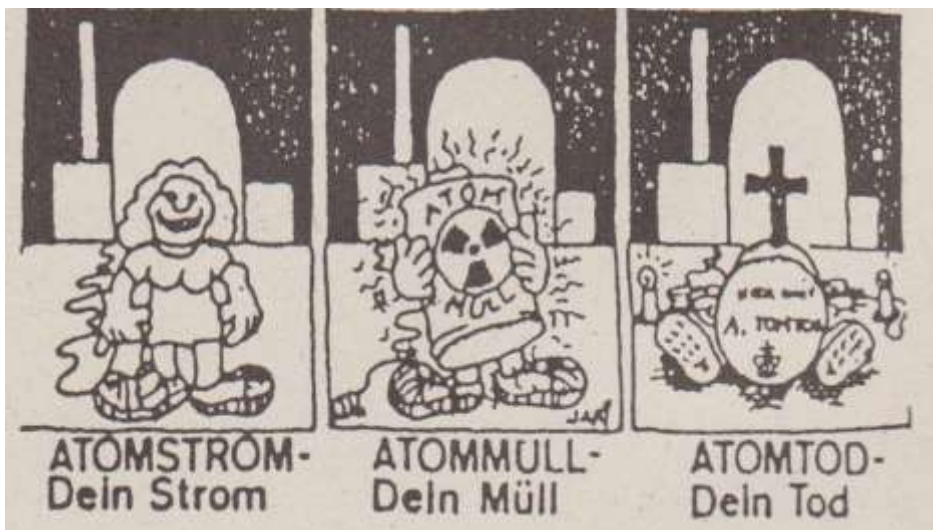
Allein für den in Frankreich geplanten Bau von sechs neuen AKWs sind 46 Mrd. Euro veranschlagt, Experten rechnen schon jetzt mit einer Steigerung auf 64 Mrd. Euro (Kurier, 29.11.21). Da kommt Frankreich auch das „grüne Atom“-Geld der EU sehr gelegen.

Aber nicht genug damit: ganz bewusst wird weiterhin noch

mehr Gefahr für Leben und Gesundheit der Menschen in Kauf genommen. Im französischen La Hague werden die abgebrannten Brennstäbe aus AKWs aus ganz Europa bearbeitet. Laut Vertrag von 1993 dürfen zwar keine Atommüllfässer mehr ins Meer versenkt, aber weiterhin radioaktive Abwässer ins Meer geleitet werden. 1998 wurde für La Hague das Ende dieser Praxis für 2020 vereinbart. Aber weiterhin rinnen täglich (!) 400 Kubikmeter radio-aktive Abwässer in den Ärmelkanal. Jetzt soll die Genehmigung zur Verseuchung durch radioaktive Abwässer aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage für Uran-Brennstäbe sogar bis ins Jahr 2050 beschlossen werden.

Atomstrom ist kein Ausweg aus der Klimakatastrophe

Wie wir schon seit vielen Jahren in unseren Aus-sendungen und Aktivitäten immer wieder ausführen, ist Atomstrom volkswirtschaftlich völlig unökonomisch, teurer als erneuerbare Energien,



zur Verfügung gestellt werden sollen, hat die Atom-industrie massiv lobbyiert, damit von der EU in ihrer für Dezember erwarteten sogenannten „Taxonomie“-Verordnung auch die Atomenergie als „grün“ eingestuft wird.

Atomwaffen- und Atomstromlobby ziehen an einem Strang

War Deutschland zunächst noch dagegen, Atomstrom für „grün“ zu erklären, so hat es sich nun mit Frankreich geeinigt. Die Atomwaffen-macht Frankreich, das mit 56 AKWs die meisten Atomreaktoren in Europa betreibt, sechs AKWs in Bau hat und wieder einmal „ganz sichere“ neue AKWs propagiert, sogenannte „SMRs“ (Small Modular Reaktors – siehe dazu weiter unten), will für diesen Atom-Ausbau „grünes“ EU-Geld. Dafür soll auch Strom aus Gas als „grün“ betitelt werden, damit auch Deutschlands Stromkonzerne für ihre Gaskraftwerke „grünes“ EU-Geld

z.B. 4-mal so teuer wie Solarstrom, geht der Rohstoff Uran genauso zur Neige wie Gas oder Öl, ist Atomstrom also keine erneuerbare Energie.

Alle Bau-, Betriebs-, Versicherungs-, Abriss- und Endlagerkosten sind **n i c h t** im Strompreis enthalten, weil vorher und nachher die Bau- und Betreibergesellschaften nicht alle Kosten und Risiken im Falle von Preissteigerungen, Abschaltungen, Unfällen und Endlagerung tragen, sondern von den Staaten übernommen, also von den Steuerzahler*innen getragen werden. Atomkraft ist zudem so „sicher“, dass keine Versicherung der Welt die Haftung für AKWs übernimmt.

AKWs hinterlassen hunderttausende Tonnen hochgefährlichen radioaktiven Atom Müll – derzeit schon 60.000 Tonnen in der EU. Selbst die die EU-Taxonomie-Studie spricht von etwa 250.000 Tonnen hochradioaktiven Atom Mülls bis ins Jahr 2100, wenn es so weitergeht wie bisher. Ein Horror.

Die Atombetreiber allerdings behaupten, Endlagerung sei „sicher“ möglich. Doch wie schaut es tatsächlich aus? Der Physiker Dr. Reinhold Christian, geschäftsführender Präsident des Forum Wissenschaft & Umwelt (FWU) sagt dazu:

„Im Granit gibt es die Gefahr von Rissen, die muss man dichten. In Deutschlands Atom Mülllager Asse hat man gesehen, dass Wasser und Salz sich nicht gut vertragen. Die Geschichte der sog. Endlagerung ist gepflastert mit Pleiten und Pannen Mit dieser

langfristigen (ungelösten, Anm. d. Red.) Gefahr opfern wir für kurzfristigen Nutzen – wir haben eine Zeit lang Strom davon – die Zukunft künftiger Generationen ...

Atomstrom trägt derzeit nur 2% zur Gesamtenergie weltweit bei, kann also nicht entscheidend sein ... Laut Internationaler Energieagentur (IEA) könnten zur notwendigen Absenkung der Treibhausgase 40% durch Energieeffizienz, 35% durch erneuerbare Energien beitragen und wenn man von der Kernenergieseite 5% dafür haben möchte, müsste man dafür 1.000 AKWs der jetzigen Größenordnung dafür bauen – derzeit sind weltweit rund 400 AKWs (davon 111 in der EU) in Betrieb.“ (zit. nach ORF/Ö1, Punkt Eins, 30.11.2021).

„Kleine, kluge“ Atomzukunft? Nein Danke!

Jetzt sollen angeblich neue, kleine, kluge Atomreaktoren (SMR) uns in die klimaneutrale Zukunft führen. Das ist nichts anderes als plumpe Propaganda der Atommafia. Dazu der Physiker Dr. Reinhold Christian:

Zu den neuen Konzepten, seien es Thoriumbrüter, seien es Dual Fluid Reaktoren, seien es SMR, muss man sagen, das sind nicht neue Konzepte, die sind seit 50, 70 Jahren in der Ankündigung. Es heißt immer, das wird demnächst werden, wird aber nicht. Zu den SMR gibt es keine klare Definition. Die Idee ist schlicht, kleinere Reaktoren in Serie zu fertigen – und dann wird es immer billiger, wenn man kleine

Fortsetzung nächste Seite



Bauteile immer gleich macht – und in Serie aufzustellen, dann wird's größer und wieder gefährlicher ... „

„Wir (FWU, Anm. d. Red.) haben gerade eine Studie über die Ökonomie der SMR abgeschlossen. Da zeigt sich, es gibt 68 Vorschläge dafür, davon sind ganze fünf irgendwo greifbar, nämlich zwei in Russland auf einem Schiff in Betrieb angeblich und drei in Bau in China, USA und Argentinien, wobei der Argentinische schon wieder das übliche Muster zeigt, innerhalb von drei Jahren sind die Baukosten schon wieder um 50% gestiegen.“

Und weiter über die „Kleinheit“ der SMR:

„Die Obergrenze entspricht ungefähr 300 MW, das ist etwa die Hälfte des AKW Zwentendorf. Also so klein sind die Dinge dann wieder nicht. Die Gefahr wird aber wesentlich größer: Wenn sie mit kleinen Reaktoren die gleiche Leistung erbringen wollen – ich rede jetzt gar nicht von Klimaschutz und Verzehnfachung – nur dieselbe Leistung erzeugen wollen, dann brauchen sie entsprechend mehr davon, das kommt dann als „Vorteil“ in die Nähe der Versorger, das heißt das Gefahrenpotenzial pro Stück ist kleiner, aber in Summe wird es größer und es wird näher beim Versorger sein. Das Risiko im Mitteleuropa brauche ich ihnen nicht näher auszumalen. In einem Fall wie Fukushima hätte das die Evakuierung von mindestens zwei Millionen Leuten bedeutet. Also all diese Konzepte gibt es in Wirklichkeit noch nicht, zeigen dieselbe Bau- und Preischarakteristik wie die herkömmlichen Reaktoren und werden daher das Problem nicht lösen. Wir müssen eine andere Lösung finden, um in Zukunft die Energie zu haben, die wir brauchen, um uns wohl zu befinden, um einen guten Lebensstandard zu haben.“ (zit. nach ORF/Ö1, Punkt Eins, 30.11.2021).

Warum unbedingt weiter auf Atomspaltung gesetzt werden soll?

Weil Atombomben und Atomkraftwerke siamesische Zwillinge sind. Die Atomstromnutzung (AKWs) geht aus der militärischen Atomnutzung (Atombomben und Atomwaffen) hervor, in AKWs kann wiederum spaltbares Material für Atombomben hergestellt werden. Das dient weder dem Schutz und der Sicherheit der Menschen noch dem Schutz des Klimas, sondern ist ein tödlicher Kreislauf, der nur einer Handvoll Profiteuren und ihren wirtschaftlichen und politischen Handlangern nutzt.



„Ich jedenfalls verleihe nie wieder was“

aus Nebelspalter

Davon spricht die Atomlobby natürlich nicht. Die Atommafia weltweit und in der EU will uns wieder einmal einreden, dass es in Zukunft „ganz sichere“ und „klimafreundliche“ AKWs geben wird. Wir aber wissen – und leider hat die Realität das schon viel zu oft bewiesen – es gibt keine „sicheren“ AKWs.

Atomstrom ist das teure und tödliche Propaganda-Nebenprodukt, Atomrüstung und Krieg der verschleierte Hauptzweck der Atomnutzung!

Schon lange, seit Beginn der Atomstromnutzung, dienen den Staaten Atomkraftwerke und die Propaganda von der „friedlichen Atomnutzung“ (USA-Programm „Atoms for Peace“, 1953) als Deckmantel. Milliarden und Abermilliarden Gelder der Steuer-zahler*innen werden seit Jahrzehnten im Namen von „friedlicher Atomstromerzeugung“ für militärische Zwecke, für Aufrüstung und Krieg benutzt.

Der jetzt groß angelegte Ökoschmäh der EU und ihrer fest zum EU-Vertrag gehörenden EURATOM mit der „klimaneutralen Atomenergie“ soll diese teuren und tödlichen Atom-, Rüstungs- und Kriegsmachenschaften noch mehr verschleiern und somit weiterhin ermöglichen.

Die Vertuschung ihrer wahren Absichten und Taten ist den Mächtigen, den Staaten und ihrer

Atom(rüstungs)-mafia umso wichtiger, als sich gegen die durch das herrschende kapitalistische System provozierten Klimakatastrophen immer mehr und Millionen von besonders jungen Menschen erheben!

Klagen ist zu wenig, raus aus EURATOM und IAEA notwendig!

In Österreich hat Umweltministerin Gewessler von den Grünen angekündigt, dass sie dagegen ist, dass die Atomenergie in die EU-Taxonomie-Verordnung einbezogen wird. Das ist gut so, aber wohl das Mindeste. Was aber weder die jetzige Regierung, noch alle Regierungen davor getan haben, aber notwendig ist, um einen effektiven Schritt zu setzen, ist: Österreichs Austritt aus der EURATOM, der Atomwaffen- und Atomstrom-lobby der EU, sowie den Austritt aus der IAEA, der internationalen Atomlobby-Agentur, zu betreiben, die jährlichen Millionenzahlungen an die Atomlobby und auch die Atommüll-Lager-suche sowie das dafür aufgewendete Geld in Österreich selbst sofort einzustellen und für Maßnahmen gegen den Klimawandel einzusetzen.



Zur neuerlichen Regierungsumbildung:

Kanzler und Co wechseln, die Wirtschaft bleibt und diktiert weiter ihre Profitbedingungen!

Bereits in unserer letzten Aussendung haben wir beim Wechsel von Kurz zu Schallenberg dargelegt, dass es vor allem darum geht, Beruhigung und Stabilität für das Kapital zu erreichen (www.atomgegner.at/wp-content/uploads/2021/10/ggae_3-21_end_für-DRUCK.pdf).

Deswegen wird schon wieder das Politpersonal ausgewechselt. Corona hin, Corona her, Hauptsache der Euro rollt für die Konzerne und Unternehmer.

Die arbeitenden Menschen werden gegeneinander ausgespielt, für ihre immer schlechter werdenden Arbeits- und Lebensbedingungen gibt es keine Abhilfe, im Gegenteil: noch mehr Druck und Verschlechterungen.

Ankündigung

Onlinediskussion

Montag, 24. Jänner 2022
19.00 Uhr

WER SOLL DIE KRISE AUSBADEN?

Anfragen und Anmeldung bitte an:
ggae@gmx.at

Wir schicken dann den
Anmelde-link zu.

*

Spendenkonto

bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW; Empfänger*in:

Gewerkschafter gegen Atomenergie,

Verwendungszweck: Spende

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida

Österreichische Post AG

SP 20Z042140 S

Gewerkschafter gegen Atomenergie
Stiftgasse 8, 1070 Wien



Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klima-wandel. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Wir wünschen unseren Leser*innen erholsame Festtage, Gesundheit und alles Gute für 2022!

*Mit kollegialen Grüßen,
„Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“*



Datenschutzerklärung siehe:

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum/

